



HESSISCHER LANDTAG

14. 06. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Anhörung zur Situation der Jugendämter in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Eine bundesweit durchgeführte Studie zur sozialen Arbeit in strukturellen Zwängen, die 2018 veröffentlicht wurde, legte größere strukturelle Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe offen. Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e.V., verwies in einem Statement auf die von den Kommunen zu tragende Hauptlast bei der Finanzierung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Diese wurde 2015 zu 78 % auf der kommunalen Ebene erbracht. Bundes- und Landesgesetzgeber haben den Kommunen in wachsendem Umfang Aufgaben übertragen, ohne gleichzeitig für eine entsprechende angemessene Finanzierung zu sorgen. Dadurch hängt die Etatausstattung der Jugendämter von der Kassenlage der Kommunen ab.

Kinderschutz muss wieder ein primäres Ziel in Hessen sein. Kinder haben „ein Recht auf Förderung [ihrer] Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Abs. 1 SGB VIII).

Der medialen Berichterstattung im Hessischen Rundfunk und Berichten aus den Kinderschutzambulanzen ist zu entnehmen, dass die Zahl der Missbrauchsfälle von Kindern stetig zunimmt. Dieser Umstand macht es erforderlich, den Kinderschutz in Hessen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen.

Um strukturelle Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe speziell in Hessen eruieren zu können, beauftragt der Landtag den Ausschuss für Soziales und Integration, federführend, sowie den Haushaltsausschuss, eine Anhörung zur aktuellen Situation in der Kinder- und Jugendhilfe durchzuführen.

Besonders berücksichtigt werden sollen hierbei die Bereiche:

- personelle Situation,
- finanzielle Situation,
- Arbeitsbelastung,
- zeitliche Möglichkeiten der Mitarbeiter für Weiterbildungen,
- durchschnittliche Zeit für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien pro Fall.

Dabei sollen insbesondere angehört werden:

- Vertreter der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe,
- Landräte und Oberbürgermeister.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juni 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe